



Inflation bei 2,8 Prozent: Die Rechnung kommt nach dem Tankrabatt

Ute Pappelbaum

Zwei Monate lang half der Staat an der Zapfsäule. Dann war Schluss. Am 30. Juni endete der Tankrabatt – und schon im Juli kosteten Kraftstoffe 11,2 Prozent mehr als einen Monat zuvor. Diesel verteuerte sich binnen eines Monats um 12,6 Prozent, Superbenzin um 11,0 Prozent. Gleichzeitig trieb der Iran-Krieg den Ölpreis nach oben. Zwei Effekte trafen damit aufeinander: ein externer Preisschock und das Ende einer politischen Preisentlastung.

Denn der Juli zeigt vor allem, was geschieht, wenn der Staat Marktpreise vorübergehend dämpft und sich anschließend wieder zurückzieht. Der Tankrabatt hat den Energiepreisschock nicht beseitigt. Er hat einen Teil davon zeitlich verschoben. Mit seinem Ende kehrt nicht nur der höhere Preis zurück – auch die Inflationsrate springt.

Genau darin liegt die strukturelle Bedeutung der neuen Zahlen: Temporäre Preisinterventionen können Inflation glätten, aber sie verändern weder Knappheiten noch dauerhaft die Preisbildung. Dafür schaffen sie einen neuen Unsicherheitsfaktor – den Zeitpunkt des politischen Ein- und Ausstiegs.

Hinter den 2,8 Prozent stecken zwei Inflationen

Die Gesamtinflation allein vermittelt derzeit ein verzerrtes Bild. Ohne Energie lag die Teuerung im Juli bei 2,2 Prozent.

Rechnet man Heizöl und Kraftstoffe heraus, waren es sogar nur 1,9 Prozent. Die Kerninflation ohne Nahrungsmittel und Energie betrug 2,4 Prozent.

Auch bei Nahrungsmitteln ist von einem neuen breiten Preisschub wenig zu erkennen. Sie verteuerten sich gegenüber Juli 2025 lediglich um 0,4 Prozent. Speisefette und Speiseöle wurden sogar 15,3 Prozent günstiger, Butter kostete 30,1 Prozent weniger und Molkereiprodukte verbilligten sich um 5,9 Prozent.

Auf der anderen Seite steht die Energie. Kraftstoffe verteuerten sich binnen Jahresfrist um 23,0 Prozent, leichtes Heizöl um 34,7 Prozent. Doch selbst diese Kategorie ist nicht einheitlich: Haushaltsenergie insgesamt war 1,4 Prozent günstiger als vor einem Jahr. Strom verbilligte sich um 5,3 Prozent, Erdgas einschließlich Betriebskosten um 2,9 Prozent und Fernwärme um 1,2 Prozent.

Die Inflationsrate von 2,8 Prozent beschreibt deshalb keinen einheitlichen Preisauftrieb. Sie ist das Resultat sehr unterschiedlicher Bewegungen – und im Juli besonders stark durch einen einzelnen Bereich geprägt.

Der Staat kann den Preis senken, nicht die Knappheit

Genau hier wird der Tankrabatt ordnungspolitisch interessant. Eine Senkung der Energiesteuer reduziert den Preis, den Verbraucher an der Zapfsäule bezahlen. Sie vergrößert aber weder das Angebot an Rohöl noch senkt sie die Abhängigkeit vom Weltmarkt. Die zugrunde liegende Knappheit bleibt bestehen.

Während der Entlastung fallen deshalb zwei Preise auseinander: der ökonomische Preis des Energieträgers und der politisch reduzierte Endpreis für den Verbraucher. Sobald die Entlastung endet, werden beide wieder zusammengeführt.

Der Juli macht diesen Mechanismus sichtbar. Der Ölpreis stieg, gleichzeitig fiel die Steuerentlastung weg. Die Folge war ein monatlicher Kraftstoffpreissprung von 11,2 Prozent.

Kurzfristig hat der Tankrabatt Haushalte entlastet. Langfristig entsteht jedoch ein anderes Problem: Der Staat beeinflusst nicht nur die Belastung, sondern auch den Zeitpunkt, zu dem sie in der Inflationsstatistik sichtbar wird.

Das ist für die Bewertung der Preisentwicklung relevant. Ein Teil der höheren Juli-Inflation signalisiert keine plötzlich beschleunigte binnenwirtschaftliche Nachfrage. Er ist die rechnerische Folge davon, dass eine temporäre staatliche Intervention ausgelaufen ist.

Preispolitik verändert Erwartungen

Die Wirkung reicht über die Statistik hinaus. Preise erfüllen in einer Marktwirtschaft eine Informationsfunktion. Wird fossile Energie dauerhaft teurer, verändern Haushalte und Unternehmen ihr Verhalten. Verbrauch wird reduziert, Investitionen in Effizienz werden attraktiver, alternative Technologien rechnen sich früher.

Eine pauschale Preisentlastung schwächt dieses Signal zumindest vorübergehend.

Das bedeutet nicht, dass staatliche Unterstützung in einer außergewöhnlichen Belastungssituation grundsätzlich falsch wäre. Entscheidend ist die Form. Eine gezielte Einkommensentlastung erhält das Preissignal weitgehend.

Eine Subventionierung des Verbrauchspreises verändert es unmittelbar.

Hinzu kommt ein Erwartungseffekt. Wenn Marktteilnehmer damit rechnen, dass der Staat bei starken Preissteigerungen regelmäßig eingreift, wird die erwartete politische Reaktion selbst Bestandteil wirtschaftlicher Entscheidungen. Unternehmen und Haushalte kalkulieren dann nicht mehr allein mit Marktpreisen, sondern zusätzlich mit möglichen Subventionen, Steueränderungen und deren Laufzeiten.

Aus einer kurzfristigen Entlastungsmaßnahme wird damit ein Faktor der Preis- und Investitionserwartungen.

Das hartnäckigere Problem steckt bei den Dienstleistungen

Der starke Energieeffekt darf allerdings eine zweite Entwicklung nicht verdecken. Dienstleistungen verteuerten sich im Juli gegenüber dem Vorjahr um 2,9 Prozent. Damit lag ihre Preissteigerung weiterhin oberhalb der Gesamtinflation, auch wenn sie gegenüber den 3,1 Prozent im Juni etwas nachließ.

Dienstleistungen sozialer Einrichtungen verteuerten sich um 6,5 Prozent, Pauschalreisen um 5,6 Prozent und Wartung sowie Reparatur von Fahrzeugen um 4,7 Prozent. Nettokaltmieten stiegen dagegen vergleichsweise moderat um 1,8 Prozent.

Diese Preise sind für die mittelfristige Inflationsentwicklung wichtiger als ein einzelner Sprung beim Benzinpreis. Energiepreise können mit Rohstoffmärkten schnell steigen und wieder fallen. Dienstleistungspreise reagieren häufig träger. Löhne, Personalkosten, Mieten und andere laufende Kosten werden schrittweise weitergegeben und anschließend selten vollständig zurückgenommen.

Die Kerninflation von 2,4 Prozent zeigt deshalb, dass der binnenwirtschaftliche Preisdruck noch nicht verschwunden ist. Sie zeigt aber ebenso, dass die 2,8 Prozent Gesamtinflation das zugrunde liegende Inflationsproblem derzeit überzeichnen.

Eine Inflationszahl braucht wieder mehr Erklärung

Für Unternehmen, Finanzmärkte und Geldpolitik wird damit die Zusammensetzung der Inflation wichtiger als die Schlagzeile.

Es muss stärker unterschieden werden zwischen Marktpreisschocks, administrativ verursachten Preisänderungen und persistentem binnenwirtschaftlichem Preisdruck. Ein Benzinpreissprung nach dem Ende einer Steuervergünstigung ist ökonomisch etwas anderes als eine Beschleunigung von Löhnen, Mieten und Dienstleistungspreisen.

Das gilt insbesondere für die Geldpolitik. Auf einen temporären Energieimpuls mit einer restriktiveren Geldpolitik zu reagieren, wäre nur dann überzeugend, wenn daraus breitere Zweitrundeneffekte entstehen: höhere Inflationserwartungen, stärkere Lohnforderungen und anschließend weitere Preiserhöhungen der Unternehmen.

Der Juli liefert dafür noch keinen Beleg. Er zeigt vielmehr, wie stark politische Maßnahmen und externe Energiepreise inzwischen die kurzfristige Inflationsbewegung prägen können.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), Pressemitteilung Nr. 283 vom 12. August 2026: „Inflationsrate im Juli 2026 bei +2,8 %“. Grundlage sind die endgültigen Ergebnisse zum Verbraucherpreisindex (VPI) und Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) für Juli 2026.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4951387/Inflation-bei-28-Prozent-Die-Rechnung-kommt-nach-dem-Tankrabatt/>